



Ausgabe 9/2019

dbb-Bürgerbefragung 2019

Über 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten Staat für überfordert

„Wir haben besorgniserregende Anzeichen für einen generellen Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit des Staates in Deutschland“, bilanziert der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 20. August 2019 in Berlin die Ergebnisse der dbb Bürgerbefragung. Nach der von forsa für den dbb durchgeführten aktuellen Umfrage halten 61 Prozent der Befragten den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben für überfordert.

Am häufigsten werden hierbei die Themen Schule/Bildung, Migration, innere Sicherheit, Umweltschutz, soziale Sicherung und Gesundheitsversorgung genannt. Silberbach: „Alles Themen, die mit dem Zusammenhalt der Gesellschaft und dem gestörten Gerechtigkeitsempfinden der Leute zu tun haben. In den vergangenen Jahren hat unsere Umfrage immer wieder ergeben, dass die Menschen sich vom Staat wirksamen Schutz vor den negativen Auswirkungen von Globalisierung, Digitalisierung und Entgrenzung erhoffen. Die 2019 wachsende Unzufriedenheit mit dem Staat, der Politik, dem öffentlichen Dienst, etablierten Strukturen und Verfahren ist leider logische Konsequenz einer jahrzehntelangen Spar- und Rückzugspolitik, die wir dringend stoppen müssen.“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
in dieser Ausgabe lesen Sie:

- dbb Bürgerbefragung 2019
- Gewalt gegen Beschäftigte
- Irritationen bei Versorgungsanpassung unbegründet
- Gespräch mit der SPD
- Workshops Personalratswahlen 2020
- Gespräch mit der CDU
- 1. Hess. Seniorinnen- und Seniorentag
- AG Digitalisierung/Datenschutz
- Nachruf Dr. Helmut Jacobi

Ich wünsche Ihnen eine gewinnbringende Lektüre
und grüße Sie herzlich!

Heini Schmitt
Landesvorsitzender

Um Vertrauen zurückzugewinnen und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu verbessern, muss die „Performance“ des Staates schnell und nachhaltig verbessert werden, so Silberbach: „Wir fordern seit Jahren eine angemessene Personalausstattung, bessere Bezahlung und deutliche Schritte hin zu Digitalisierung, Bürokratieabbau und Serviceorientierung. Das würde nicht nur die Bürger- sondern auch die Mitarbeiterzufriedenheit erhöhen.“

Denn beim persönlichen Umgang mit dem öffentlichen Dienst machen weiterhin über zwei Drittel der Befragten positive Erfahrungen, vor allem auf der Kreis- und Gemeindeebene. „Je persönlicher und je näher dabei der Bezug, desto positiver das Urteil“, so der dbb Chef: „Aus unserer Sicht sprechen gerade auch diese positiveren persönlichen Erfahrungsberichte dafür, dass es sich bei den negativeren Performancebeurteilung 2019 für den Staat um den Ausdruck eines generellen politisch-gesellschaftlichen Unbehagens handelt.“

Die einzelnen Berufsgruppen im öffentlichen Dienst genießen zudem auch 2019 hohe Wertschätzung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Silberbach: „Die Top 10 im forsa-Berufseranking werden geradezu vom öffentlichen Dienst dominiert.

Bei der Feuerwehr, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen,

bei Polizei und Schule arbeiten die beliebtesten Leute, und das ist ein Trend, der seit 2007 stabil ist.“

Quelle: Pressemitteilung des dbb v. 20.08.2019

Anm. des dbb Hessen:

Die Forsa-Umfrage im Auftrag des dbb bestätigt auf eindrucksvolle Weise auch die langjährige Sichtweise und Argumentation des dbb Hessen, wonach die Bürgerinnen und Bürger sich zunehmend nach einem starken, handlungsfähigen Staat sehnen.

Der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, hatte bspw. beim parlamentarischen Abend des dbb Hessen im August 2017 die Auffassung vertreten, dass *„das wirkliche Leben der Verwaltung bereits ein gutes Stück enteilt“* sei.

Die enorm gestiegenen Anforderungen bspw. durch die zunehmende Globalisierung und Digitalisierung, aber auch durch eine zunehmend vielschichtiger, fragilere und verrohende Gesellschaft wurden von den politischen Entscheidungsträgern in den Strukturen und in der Personalausstattung der Verwaltung nicht ausreichend abgebildet.

Auf der großen politischen Bühne werden weitreichende Entscheidungen getroffen, und die Verwaltung soll es dann „halt irgendwie hinbekommen...“.

Dabei ist es erfreulich und bemerkenswert zugleich, dass die Bürgerinnen und Bürger den Beschäftigten in der Verwaltung erneut ein hervorragendes Zeugnis ausstellen!

Die Forsa-Studie zeigt aber auch einen weiteren Aspekt ganz ungeschönt auf:

Die Bürgerinnen und Bürger wollen es nicht länger hinnehmen, dass man ihnen mit schönen Pressemeldungen und Werbebeiträgen eine „heile Welt“ vorgaukelt, während sie in ihrem Alltag genau das Gegenteil zu spüren bekommen.

Man denke nur an unsere Infrastruktur, an die Sicherheit im öffentlichen Raum oder an das Auseinanderdriften der Gesellschaft.

Die politischen Entscheidungsträger müssen endlich begreifen, dass es mit der Verabschiedung von Gesetzen nicht getan ist. Neue Gesetze müssen in der

Praxis auch angewendet werden und deren Einhaltung muss auch konsequent kontrolliert werden.

Zur wirklich sachgerechten Erledigung der staatlichen Aufgaben sind dringend enorme Investitionen erforderlich! Die in manchen Bereichen vorgenommenen Verbesserungen im Bund und auch in Hessen gehen in die richtige Richtung, müssen aber konsequent ausgeweitet werden.

Gerade jüngst hat sich gezeigt, dass man selbst für vorhandene Möglichkeiten, Neueinstellungen vorzunehmen, kein geeignetes Personal mehr findet, weil die Rahmenbedingungen im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht mehr attraktiv genug erscheinen bzw. sind.

Hier hat die Hessische Landesregierung aber die Möglichkeit, an den richtigen Stellschrauben zu drehen. Attraktive Besoldungs- und Vergütungsbedingungen sind dabei natürlich die wichtigsten Faktoren. Die Gefahr, dass die Bürgerinnen und Bürger sich mehr und mehr vom Staat abwenden, muss endlich als Alarmsignal wahrgenommen werden!

.....

dbb-Bürgerbefragung 2019

„Wir müssen die Brutalisierung der Gesellschaft stoppen!“

„83 Prozent der Menschen erleben eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft. Über ein Viertel aller Befragten haben Übergriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst beobachtet. Die Hälfte dieser Angriffe waren körperlicher Art. Jeder zweite Staatsdiener ist bereits Opfer solcher Vorfälle geworden. Das sind die besorgniserregenden Kernergebnisse einer Sonderumfrage im Rahmen der vom dbb am 20. August 2019 in Berlin vorgestellten Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst.“

„Es ist höchste Zeit zum Handeln. Wenn wir die Brutalisierung unserer Gesellschaft stoppen und die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst schützen wollen, brauchen wir dringend ein umfassendes Investitionsprogramm Sicherheit im Dienst“,

kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die vom Meinungsforschungsinstitut forsa für den dbb ermittelten Daten.

Ein solches Investitionsprogramm müsse sowohl die bekannten personalwirtschaftlichen, baulichen, organisatorischen und Ausrüstungsaspekte einbeziehen als auch ganz neue Überlegungen. Silberbach: „Natürlich brauchen wir mehr Personal für Sicherheit und Justiz, damit Fehlverhalten zeitnah und spürbar sanktioniert werden kann. Außerdem sollten wir diskutieren, ob das Instrument der Forderungsabtretung nach Paragraph 78a des Bundesbeamtengesetzes auch auf Beleidigungstatbestände ausgeweitet und auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst Anwendung finden kann, danach kann ein gerichtlich zugestandener Schadensersatzanspruch vom Dienstherrn übernommen, ausgezahlt und später vom Verursacher eingetrieben werden. Dann würden alle Opfer von Übergriffen echte Rückendeckung der Dienstherrn und Arbeitgeber spüren.“

Außerdem, so der dbb Chef weiter, ist ein Kulturwandel nötig. Der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften veröffentlichen seit Jahren Studien und Forderungen zum Umgang mit der Gewalt gegen Lehrkräfte, Polizei, Jobcenter-Mitarbeiter, Rettungskräfte und Feuerwehrleute. Silberbach: „Beschäftigte, Politik und Bevölkerung müssen jetzt aktiv werden. Wir brauchen flächendeckend Ombudsleute, an die sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wenden können, wenn Vorgesetzte Angriffe bagatellisieren oder unter den Teppich kehren wollen. Beschäftigte, die zu Opfern werden, müssen falsche Scham überwinden und jeden Vorfall transparent machen, und wir brauchen die Unterstützung der Bevölkerung. Das ist unser aller Gesellschaft, unser aller öffentlicher Dienst. Egal ob auf der Straße, in Schule, Krankenhaus oder auf dem Amt: Jeder, der Zeuge von Übergriffen wird, soll eingreifen, laut werden und Hilfe holen.“

Quelle: Pressemitteilung des dbb v. 20.08.2019

Anm. des dbb Hessen:

Die Ergebnisse der dbb Bürgerbefragung erschüttern uns. Sie bestätigen, dass wir es seit geraumer Zeit mit einem gesamtgesellschaftlichen Wandel zu tun haben, der auf dramatische Weise auf das Verhältnis „Bürger – Staatlicher Bediensteter“ durchschlägt.

Ganz offenkundig bedarf der Begriff „Staatsdiener“ einer Neujustierung!

Denn dieser Begriff, der in der Vergangenheit durchaus für eine bürgernahe Verwaltung stehen konnte, wird immer häufiger falsch verstanden.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind kein Freiwild!

.....

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst für den dbb Hessen ein großes Thema

Seit einiger Zeit beschäftigen wir uns im dbb Hessen intensiv mit den stetig zunehmenden Übergriffen gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

In zahlreichen Veranstaltungen unserer Gewerkschaften erhielten wir erschütternde Berichte der Beschäftigten, in denen sie uns von ihren z. T. unfassbaren Erlebnissen und den daraus für sie entstandenen Folgen, die häufig nicht nur vorübergehende körperliche, sondern auch bleibende psychische Beeinträchtigungen zur Folge hatten.

Viele Beschäftigte fühlen sich nicht genügend vorbereitet auf eine plötzlich eintretende Gefahrensituation. Und viele Beschäftigte, die Opfer geworden sind, sind verunsichert und wissen nicht konkret, wie sie sich verhalten sollen und welche Unterstützungsmöglichkeiten ihnen zur Verfügung stehen.

Häufig werden selbst besonders intensive Sachverhalte nicht angezeigt.

Wir sind der Überzeugung, dass man das Phänomen „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ nur durch ein Zusammenwirken aller Beteiligten und Institutionen wirksam bekämpfen kann.

Deshalb ist es wichtig, dass es nach einem relevanten Vorkommnis zur Erstattung einer Strafanzeige kommt.

Auch danach darf es nicht zur Unterbrechung des Kreislaufs von der Anzeigeerstattung über die Behandlung des Sachverhalts durch die Behörden (Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht) bis zum klaren Signal an die Täter und bis zur möglichst angstfreien Weiterarbeit/Wiedereingliederung des Opfers kommen.

Hierzu haben wir ein **Gesamtkonzept** erarbeitet, ein sog. „Lebenslagenmodell“, das wir am 21. Februar 2018 in Frankfurt a. M. in einem in der Öffentlichkeit und den Medien vielbeachteten **Symposium** vorgestellt haben.

Bei diesem Symposium waren zahlreiche hochrangige Vertreter von Politik, Behörden und Institutionen zu Gast und haben aktiv mitgewirkt, so z. B. die Hessische Justizministerin, der Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. und Präsident des Hess. Staatsgerichtshofs, der Generalstaatsanwalt des Landes Hessen und der Polizeivizepräsident des Polizeipräsidiums Frankfurt a. M.

Am 21. August 2018 schlossen die Fraktionen im Hessischen Landtag im Beisein des hessischen Innenministers mit dem dbb Hessen einen **Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst**.

Einer unserer zentralen Kritikpunkte in unserem Lebenslagenmodell ist der, dass wir bislang nur über ein sehr eingeschränktes Lagebild verfügen, das nur die Fälle aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst, bei denen Vollzugsbeamte oder Rettungskräfte Opfer wurden und in denen auch tatsächlich eine Strafanzeige erstattet wurde.

Alle anderen Fälle, bei denen die Bediensteten in den anderen Verwaltungsbereichen Opfer wurden, werden bislang statistisch nicht gesondert erfasst, selbst dann nicht, wenn eine Strafanzeige erstattet wurde.

D. h., wir sprechen über ein Phänomen, dessen Größenordnung wir nicht exakt an Zahlen festmachen können.

Auch aus vielen anderen Gründen (bspw. geringe Anzeigequote) müssen wir von einem großen Dunkelfeld ausgehen.

Es war der Wunsch des dbb Hessen, die Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst auch im Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode festzuschreiben. Diesem Wunsch haben CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dankenswerterweise entsprochen.

Eine Passage im Koalitionsvertrag befasst sich auch mit der Frage der statistischen Erfassung der Übergriffe.

dbb Hessen startet eigene Umfrage

Aufgrund des fehlenden statistischen Bildes und zur Gewinnung erheblich breiterer Erkenntnisse hat sich die Landesleitung des dbb Hessen entschlossen, eine eigene Online-Umfrage unter wissenschaftlicher Begleitung auf den Weg zu bringen.

Hierzu haben wir Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg, Professur für Kriminologie, Justus-Liebig-Universität Gießen, Fachbereich Rechtswissenschaft, beauftragt, für uns eine anonyme Befragung unter den Mitgliedern unserer Gewerkschaften durchzuführen.

Die Teilnahme an der Befragung soll auch interessierten Nichtmitgliedern ermöglicht werden.

Die Umfrage soll im September 2019 beginnen, die Befragungszeit soll auf vier bis max. sechs Wochen beschränkt werden.

Wir würden uns sehr freuen, wenn sich möglichst viele Kolleginnen und Kollegen an der Aktion beteiligen würden im Interesse eines zukünftig besseren Schutzes der Integrität aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse soll noch im laufenden Jahr geschehen.

.....

Irritationen bei Versorgungsanpassung unbegründet

Im Zusammenhang mit der Anpassung der Versorgungsbezüge zum 1. März 2019 und den folgenden Anpassungen bis 2021 ist es (erneut) bei vielen Versorgungsempfängern zu Irritationen gekommen.

§ 1 Abs. 2 Hessisches Versorgungsanpassungsgesetz 2019/2020/2021 (HVAnpG 2019/2020/2021) lautet:

„Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden ab 1. März 2019 um 3,1 Prozent, ab 1. Februar 2020 um 3,1 Prozent und ab 1. Januar 2021 um 1,3 Prozent erhöht.“

Auf den Bezügenachweisen fand sich ein entsprechender Hinweis auf diese Regelung. Diese Formulierung ließ zahlreiche Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger vermuten, dass die Versorgungsbezüge in Gänze 2019 und 2020 nur um 3,1 Prozent, und 2021 nur um 1,3 Prozent angehoben wurden/werden.

Wir möchten in aller Deutlichkeit feststellen, dass dem nicht so ist.

Ebenso wie die Dienstbezüge für die aktiven Beamten werden auch die Versorgungsbezüge 2019 und 2020 um 3,2 Prozent, und 2021 um 1,4 Prozent angehoben. Damit entsteht weiterhin ein Gleichklang zwischen Besoldung und Versorgung.

Wir als dbb Hessen vertreten traditionell die Auffassung, dass es keinesfalls zu einer unterschiedlichen Behandlung von Beamten und Versorgungsempfängern kommen darf. Genau diese Auffassung haben wir auch im Gesetzgebungsverfahren unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Und dem ist der Gesetzgeber gefolgt.

Die Versorgungsbezüge werden 2019 bis 2021 im gleichen linearen Umfang wie die Dienstbezüge angehoben.

Worum handelt es sich also bei den „Versorgungsbezügen, die in festen Beträgen ausgezahlt werden“?

Lt. Begründung zum Gesetzentwurf handelt es sich dabei *„...z. B. um Unterhaltsbeiträge für*

Altgeschiedene.“ Die Formulierung „z. B.“ ließe vermuten, dass es neben den Unterhaltsbeiträgen für Altgeschiedene noch andere Bestandteile der Versorgungsbezüge geben könnte, die in Festbeträgen ausgezahlt und infolge dessen nur um 3,1 Prozent angepasst werden.

§ 28 HBeamtVG regelt den Unterhaltsbeitrag für Geschiedene. Die Regelung ist geschaffen worden für Geschiedene von zwischenzeitlich verstorbenen Beamtinnen und Beamten, denen bei Fortbestehen der Ehe Witwengeld bzw. Witwergeld zugestanden hätte. Auf Antrag kann diesen Personen ein Unterhaltsbeitrag gewährt werden.

Lt. Auskunft aus dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport sind von dieser Regelung auf der Ebene der vormaligen Landesversorgungsempfänger nur noch rd. 50 Personen betroffen, die als „Altgeschiedene“ gelten und einen Unterhaltsbeitrag in festen Beträgen erhalten.

Da man im Innenministerium nicht ausschließen kann, dass bei den Kommunen ggf. auch andere Beträge in Festbeträgen ausgezahlt werden, steht in der Begründung des Gesetzentwurfs in Klammern *„z.B. Unterhaltsbeiträge für Altgeschiedene“*.

Die vorstehende Regelung wird seit Jahren auch in anderen Rechtskreisen angewendet.

.....

Gespräch mit der SPD

Am 25. Juni fand ein Gespräch mit der Fraktion der SPD im Hessischen Landtag statt.

Seitens der SPD nahmen die stv. Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin, **Nancy Faeser**, MdL, der parlamentarische Geschäftsführer, **Günter Rudolph**, MdL, und **Karin Hartmann**, MdL teil.

Seitens des dbb Hessen nahmen neben dem Landesvorsitzenden Heini Schmitt die stv. Landesvorsitzenden **Birgit Kannegießer** und **Reinhold Petri**

sowie der Vorsitzende der Seniorinnen- und Seniorenvertretung, **Helmut Deckert**, am Gespräch teil.

Die Entwicklung der Besoldung und das damit zusammenhängende, im Auftrag des dbb Hessen von Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis erstellte Gutachten zur Ämterbewertung bei der Polizei, die Bewertung des Tarifabschlusses zum TV-H, die Personalsituation und die Versorgung von Landesbediensteten mit bezahlbarem Wohnraum in den Ballungsräumen waren die wesentlichen Inhalte des konstruktiven Gesprächs.

.....

Workshops Personalratswahlen

Am 12. August fand der erste, am 26. August der zweite von drei Workshops zur Vorbereitung auf die im Mai nächsten Jahres anstehenden Personalratswahlen in den Räumen der Geschäftsstelle des dbb Hessen statt.

Die Landesleitung des dbb Hessen hatte sich entschlossen, den 39 Mitgliedsgewerkschaften in drei Workshops diverse Unterstützungsangebote zu unterbreiten und Anregungen zu geben. Außerdem sollen die Workshops dazu dienen, in kompakter Form einen Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmern zu erreichen.

Die Workshops wurden von den beiden stv. Landesvorsitzenden des dbb Hessen, **Reinhold Petri** und **Richard Thonius** inhaltlich vorbereitet und von Reinhold Petri geleitet. Der Landesvorsitzende Heini Schmitt begleitete die Workshops moderierend.

Dieses neue Format stieß bei den jeweils rd. 20 teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen auf eine sehr positive Resonanz.



Der 1. Workshop



Der 2. Workshop

.....

Gespräch mit der CDU

Am 13. August fand ein Gespräch mit der Fraktion der CDU im Hessischen Landtag statt.

Seitens der CDU nahmen der stv. Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecher, **Alexander Bauer**, MdL, und der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, **Christian Heinz**, MdL, teil.

Seitens des dbb Hessen nahmen neben dem Landesvorsitzenden Heini Schmitt die stv. Landesvorsitzenden **Birgit Kannegießer**, **Richard Thonius** und **Reinhold Petri**, sowie der Vorsitzende der Seniorinnen- und Seniorenvertretung des dbb Hessen, **Helmut Deckert**, teil.

Die den öffentlichen Dienst betreffenden Aussagen der Koalitionsvereinbarung wie bspw. die Personalsituation, der funktionierende Rechtsstaat, auch vor allem vor dem Hintergrund der Nachwuchssorgen bei den Richterinnen und Richtern sowie die Stärkung des ländlichen Raums und die Versorgung von Landesbediensteten mit bezahlbarem Wohnraum waren die Kernthemen des konstruktiven Gesprächs.



Alexander Bauer, Reinhold Petri, Helmut Deckert, Birgit Kannegießer, Richard Thonius, Heini Schmitt, Christian Heinz (v.l.n.r.) Foto: dbb Hessen

.....

1. Hessischer Seniorinnen- und Seniorentag

Am 21. August fand der 1. Hessische Seniorinnen- und Seniorentag der dbb Seniorinnen- und Seniorenvertretung, Landesbund Hessen, in Nieder-Eschbach statt.

Nach den Berichten und der Entlastung des bisherigen Vorstands stand die Wahl eines neuen Vorstands auf der Tagesordnung.

Bei den Neuwahlen wurde der gesamte bisherige Vorstand einstimmig im Amt bestätigt.

Dieses herausragende Votum der Delegierten belegt eindrucksvoll, wie überzeugend der Vorstand unter der Leitung des bisherigen und neuen Vorsitzenden **Helmut Deckert** gearbeitet hat.

Neben Helmut Deckert als neuem und altem Vorsitzenden wurden mithin **Hannelore Andree** und **Paul-Ulrich Antweiler** wieder zu stv. Vorsitzenden, sowie **Ursula Münzberg** und **Heinz-Dieter Hessler** wieder zu Beisitzern gewählt.

Seit ihrer Gründung im Jahre 2014 hat sich die hessische Seniorinnen- und Seniorenvertretung sehr erfolgreich entwickelt.

Die vielfältigen Interessen und Anliegen der Pensionärinnen und Pensionäre, Rentnerinnen und Rentner sowie der Hinterbliebenen haben zwischenzeitlich im dbb Hessen ein durchsetzungsstarkes Sprachrohr zur Verfügung.

Ein Sprachrohr, das Sitz und Stimme in der Landesleitung hat und somit regelmäßig die Belange an vorderster Stelle platzieren kann.

Zur Öffentlichkeitsveranstaltung waren die Repräsentanten der Fraktionen im Hessischen Landtag geladen, ebenso der Bundesvorsitzende der dbb Bundesseniorenvertretung, **Dr. Horst Günther Klitzing**, deren Zweiter Vorsitzender **Siegfried Damm**, sowie der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt.

Aus dem Landtag waren die Abgeordneten **Dr. Ralf Norbert Bartelt** (CDU), **Dr. Daniela Sommer** (SPD), **Robert Lambrou** (AfD) und **Yanki Pürsün** (FDP) der Einladung gefolgt.

Im Verlauf der Öffentlichkeitsveranstaltung richteten die Vertreter der Politik, der Bundesvorsitzende der Bundesseniorenvertretung sowie der Landesvorsitzende des dbb Hessen Grußworte an die Delegierten und die Gäste.

Wir gratulieren Helmut Deckert und den neuen/alten Vorstandskolleginnen und -kollegen herzlich zur Wiederwahl!

Wir wünschen dem neuen/alten Vorsitzenden weiterhin viel Erfolg und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!



Helmut Deckert, Heini Schmitt, Heinz-Dieter Hessler, Hannelore Andree, Paul-Ulrich Antweiler, Ursula Münzberg (v.l.n.r.) Foto: R. Petri



Die Ehrengäste und Delegierten Foto: R. Petri

.....

AG Digitalisierung/Datenschutz

Am 28. August tagte die AG Digitalisierung/Datenschutz des dbb Hessen unter der Leitung der beiden Vorsitzenden **Julia Hott** und **Janna Gall**.

Ebenso vertreten waren die AG-Mitglieder **Ralf Rosenberger** und **Volker Hahl**.

Die Sitzung fand im Beisein des Landesvorsitzenden des dbb Hessen, Heini Schmitt, statt.

Im Verlauf der Sitzung wurden die aktuelle Situation zur Digitalisierung der Landesverwaltung und die weitere Ausgestaltung des Hess. Ministeriums für Digitale Strategie und Entwicklung erörtert.

Ebenso wurde das Gespräch der Landesleitung mit dem Hess. Innenminister **Peter Beuth**, dem neuen „Chief Information Officer“ (CIO) des Landes Hessen, Staatssekretär **Patrick Burkhardt** und Abteilungsleiterin **Martina Böhme** v. 3. Mai noch einmal nachbereitet.

Zur Erinnerung:

In Hessen wurde zu Beginn des Jahres erstmals ein „**Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung**“ eingerichtet. Hierbei handelt es sich um einen Geschäftsbereich in der Hessischen Staatskanzlei mit einer fachlich für die Digitalisierung zuständigen „Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung“, **Prof. Kristina Sinemus**.

In dem o. a. konstruktiven und offenen Gespräch v. 3. Mai (kurzer Bericht in den dbb Hessen Nachrichten 8/2019) wurden die Zuständigkeiten zwischen den beiden Häusern dargestellt und die Aufgaben des neuen Digitalministeriums erläutert. Anschließend konnte die Landesleitung des dbb Hessen ihre Positionen zur Digitalisierung im öffentlichen Dienst vorstellen und über diese mit den Gesprächspartnern diskutieren.

Nach Auffassung des dbb Hessen kann die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung nur gemeinsam mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst – und nicht an ihnen vorbei – gelingen, da diese ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind. Dazu müssen aus Sicht des dbb Hessen verschiedene Rahmenbedingungen geschaffen werden:

➤ ***In die Digitalisierung investieren!***

Für die praktische Umsetzung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung müssen die notwendigen sachlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

➤ ***Chancen der Digitalisierung nutzen!***

Die Digitalisierung muss zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten führen.

➤ **Risiken der Digitalisierung vermindern!**

Die Digitalisierung muss für die Beschäftigten körperlich und psychisch gesund gestaltet werden.

➤ **Kompetenzen der Beschäftigten stärken!**

Für die Digitalisierung müssen die notwendigen Kompetenzen aller Beschäftigten vermittelt und gestärkt werden.

➤ **Erhöhte Anforderungen berücksichtigen!**

Die erhöhten Anforderungen durch die Digitalisierung müssen sich in Personalentwicklungsmöglichkeiten und besserer Bezahlung für die Beschäftigten widerspiegeln.

Sowohl Staatssekretär Burghardt als auch Innenminister Beuth zeigten sich sehr offen für die Ideen und Forderungen des dbb Hessen und waren insbesondere an den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigten interessiert. Es wurde daher vereinbart, mit dem dbb Hessen als Experte für den öffentlichen Dienst im engen Austausch zu diesen Themen zu bleiben.

AG Digitalisierung/Datenschutz als „Think Tank“ des dbb Hessen

Die zuvor genannten Positionen zur Digitalisierung wurden mit entsprechenden weiteren Ausführungen von der „AG Digitalisierung/Datenschutz“ des dbb Hessen erarbeitet. Diese Arbeitsgruppe unterstützt die Arbeit der Landesleitung fachlich zu diesem Themenkomplex.

Das erarbeitete Positionspapier ist auf der Homepage des dbb Hessen unter „Positionen > Digitalisierung“ zu finden.

Wir fügen hier den entspr. Link ein:

<https://www.dbb-hessen.de/positionen/digitalisierung/>

Der dbb Hessen misst diesem Thema und den möglichen Auswirkungen auf die Beschäftigten große

Bedeutung bei und wird die Entwicklung konstruktiv und fachkompetent begleiten und mitgestalten.

Wir rufen die Fachgewerkschaften und Personalräte dazu auf, die Interessen der Beschäftigten in Digitalisierungsprozessen mutig und klar zu vertreten, damit der Mensch im Mittelpunkt der Digitalisierung steht. Dabei unterstützt der dbb Hessen als Dachverband mit Informationen, gewerkschaftlichen Positionen und als fachlicher Ansprechpartner.

.....

Nachruf Dr. Helmut Jacobi

Am 14. Juni verstarb unser langjähriges Ehrenmitglied Dr. Helmut Jacobi im Alter von 90 Jahren.

Erst wenige Tage zuvor, am 10. Juni, hatte er seinen 90. Geburtstag gefeiert.

Sein Tod kam während einer Urlaubsreise plötzlich und unerwartet, erfreute er sich doch bislang einer stabilen Gesundheit.

Dr. Helmut Jacobi hat sich neben vielen Ämtern und Funktionen im Hessischen Philologenverband (HPhV) und im Deutschen Philologenverband (DPhV) auch für den Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion, Landesbund Hessen, große Verdienste erworben.

So war er

- von 1969 bis 1974 Mitglied im Landeshauptvorstand des dbb Hessen
- von 1974 bis 1985 Mitglied des Landesvorstands des dbb Hessen als Beisitzer
- von 1985 bis 2001 stv. Landesvorsitzender des dbb Hessen; in dieser Zeit erarbeitete er u. a. die bildungspolitischen Stellungnahmen für den dbb Hessen und somit für die fünf bei uns organisierten Lehrerverbände
- von 1981 bis 1995 auf Vorschlag des dbb Hessen Mitglied im Landesschulbeirat

- von 1984 bis 1991 auf Vorschlag des dbb Hessen ehrenamtlicher Richter am Disziplinarhof beim VGH Hessen in Kassel
- von 1987 bis 1995 auf Vorschlag des dbb Hessen stv. Mitglied in der Landespersonal-kommission.

Bereits am 6.10.1989 erhielt Dr. Jacobi in Anerkennung seiner überragenden Verdienste das Bundesverdienstkreuz am Bande durch den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker.

Bis 2013 erstellte er die sog. „Jahrespublikation“ für den dbb Hessen.

Seit 2001 war er Ehrenmitglied des dbb Hessen.

Wir verneigen uns vor Dr. Helmut Jacobi und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

.....

Frankfurt a. M., 3. September 2019

Impressum

Herausgeber:



dbb
beamtenbund
und tarifunion
Landesbund Hessen

Verantwortlich (V.i.S.d.P.):

Landesvorsitzender Heini Schmitt

Landesgeschäftsstelle:

Europa-Allee 103 (Praedium)

60486 Frankfurt am Main

E-Mail: mail@dbbhessen.de

Telefon: 069 281780; **Fax:** 069 282946

Internet: www.dbbhessen.de

**Nachdruck - auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe gestattet**